

Thesen und Fragen zur Vorbereitung der Parteien auf die Europa-Veranstaltung von attac Bergedorf am 25.04.19

Das europäische Projekt ist spätestens seit den 60er Jahren im Bewusstsein der Völker lebendig und wurde mit Hoffnungen auf Völkerverständigung, Frieden, Solidarität, soziale Entwicklung und Lösungsmöglichkeiten für existenzielle Zukunftsprobleme transportiert.

Stattdessen wurde es jedoch v.a. durch wirtschaftliche Gesichtspunkte und Interessen geprägt. Völkerverständigung, Frieden, Solidarität, Entwicklung sozialer Standards wurden zurückgedrängt zugunsten neoliberaler Entfaltungsmöglichkeiten, und die existenziellen Zukunftsprobleme wurden durch diese Entwicklung schmerzhaft zugespitzt.

Der Wettbewerb (z.B. als Standortwettbewerb) wurde so in den Vordergrund gestellt, dass er innerhalb der Union ruinöse Folgen hat und Möglichkeiten der Gemeinwohl-Orientierung immer mehr eingeschränkt wurden. Die Einflusstrukturen haben sich so entwickelt, dass wirtschaftliche Interessengruppen bis in vertragliche Fixierungen hinein ihren Einfluss immer weiter ausbauen konnten, der Bürger aber demokratischen Einfluss kaum erkennen kann.

Das Grundgesetz ist hinsichtlich der Wirtschaftsordnung offen (vgl. Art. 14,15) und das Bundesverfassungsgericht sieht in dieser Offenheit die Voraussetzung demokratischer Prozesse: "Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann." (BVerfGE 4, 7/17f.)

Demgegenüber ist die EU mittlerweile vertraglich festgelegt [durch welchen Gesetzgeber?] auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art.120 AEUV). Dies verhindert häufig z.B. ökologisch- und gemeinwohlorientierte Regulierungen. Sollte der europäische Bürger seine ursprünglichen Hoffnungen und seine Interessen in dem EU-Projekt wiedererkennen und wahrnehmen können, müsste eine ganze Menge verändert und revidiert werden.

Uns interessiert, wie die einzelnen Parteien sich zu dieser Problematik verhalten.

Im Folgenden haben wir dazu einige Thesen formuliert, an denen Sie Ihre Stellungnahme ausrichten sollten. Die nachfolgenden konkreteren Fragen entsprechen in der Reihenfolge in etwa den Thesen.

Eine schriftliche Vorab-Stellungnahme bis zum 23.03.19 wäre hilfreich für die Vorbereitung unserer Veranstaltung.

Unsere Thesen zur EU

1. Die EU braucht eine am Gemeinwohl orientierte Verfassung, die von der Bevölkerung Europas getragen wird.

- Die Entscheidungsprozesse der EU müssen transparent sein (keine Geheimverhandlungen wie bei den Freihandelsverträgen CETA und TTIP)
- Die kommunale Selbstverwaltung muss gestärkt werden.

2. Die EU muss den Menschen dienen und nicht den Prinzipien des Marktes unterworfen sein.

- Marktkonforme Politik darf kein übergeordnetes Prinzip der EU sei.
- Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht dem freien Wettbewerb unterliegen.
- Nachhaltiges Wirtschaften in der Landwirtschaft muss gefördert werden (keine Unterstützung für Agrokonzerne)

3. Die EU muss ihre Politik zu Lasten der Menschen einstellen.

- Die Finanzmärkte müssen reguliert werden.
- Es darf kein Steuerdumping zwischen den EU-Staaten stattfinden..
- Die Finanztransaktionssteuer muss kommen.
- Wirtschaftliche Probleme von EU-Staaten dürfen nicht auf dem Rücken der Bevölkerungen dieser Staaten gelöst werden (z.B. Griechenland). Solidarisches Handeln ist notwendig.

4. Europa darf sich gegenüber den weltweiten Fluchtbewegungen nicht abschotten, sondern muss Geflüchteten bedingungslos helfen.

- Europa muss deshalb für die Einrichtung legaler Fluchtwege sorgen.
- Europa soll die Anrainerstaaten des Mittelmeers nicht mit der Aufnahme der Geflüchteten alleine lassen, also muss das Dublin Abkommen abgeschafft werden.
- Europa muss die Fluchtursachen bekämpfen, indem es z.B. faire Handelsbeziehungen aufbaut, die die Länder nicht mit Billigprodukten überschwemmt und die heimische Produktion zerstört.
- Europa soll keine Waffenexporte mehr zulassen.

5. Die EU muss einen Beitrag zum Frieden leisten.

- Wir lehnen die Militarisierung und die Sicherheitsarchitektur der EU ab.
- Ebenfalls lehnen wir die neoimperiale Einmischung der EU in alle möglichen Konflikte an allen Ecken der Welt, wie z.B. derzeit in Venezuela, ab.
- Die EU muss ein Friedenskonzept entwickeln, das auf Kooperation und gegenseitigem Vertrauen basiert und nicht auf militärischer Stärke.

Fragen an die Kandidaten / Parteien:

Warum möchten Sie in ein Parlament gewählt werden, das keines ist?

Wie stehen Sie zu der Tendenz, die nationalen Parlamente auszuschalten und Entscheidungen weiter vom Bürger wegzurücken? (Intransparenz von Ratsentscheidungen, Geheimverträge, ISDS, Spiel über Bande, fehlende Medien etc.)

Wie stehen Sie zur Bolkestein-Richtlinie und der geplanten Verschärfung?

Wie stehen Sie zum Verbot von Glyphosat? Was wollen Sie tun, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und die Subvention der Großlandwirtschaft abzuschaffen?

Woran liegt es, dass die EU nicht zu einer wirklichen Regulierung der Finanzmärkte fähig ist? Warten unsere Abgeordneten auf den nächsten Crash?

Wie stehen Sie zu den Sanktionen und dem Embargo gegen Syrien, wodurch der Wiederaufbau behindert wird und worunter die Bevölkerung leidet?

Wie stehen Sie zu der Aufrüstung Europas, zu der geplanten „gemeinsamen Kultur des Rüstungsexports“ und der möglichen Aufhebung des Parlamentsvorbehalts bei Kriegseinsätzen?